

Bildung: Fundament für einen starken Wirtschaftsstandort!

Lösungen finden. Konsens schaffen. Zukunft gestalten.

Diskussionsveranstaltung der Industriellenvereinigung anlässlich der bevorstehenden Nationalratswahl mit den Bildungssprecher:innen der im Parlament vertretenen Parteien am 3. 9. 2024
Moderation Manuela Raidl

Der Generalsekretär der IV **Christoph Neumayer** bezeichnet in seinen Begrüßungsworten die Bildung als fundamentales Thema für die Menschen. Das Bildungssystem sei in Österreich finanziell gut ausgestattet, die Ergebnisse seien aber deutlich verbesserungswürdig. Nach der 8. Schulstufe könnten zu viele Jugendliche nicht richtig lesen, rechnen und schreiben, auch nach zwei Jahren Kindergartenbesuch hätten Kinder nicht genügend Deutschkenntnisse um dem Unterricht folgen zu können. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sei herausfordernd, aber es gebe nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesamtgesellschaftliche Ansprüche an das Bildungswesen.

Vorschläge der IV

1. Bundesweites Rahmengesetz für die Elementarbildung
2. Stärkung der der Grundbildung - Bildungspflicht bis zur 8. Schulstufe
3. Förderung von Bildung und Integration

Rudolf Taschner (ÖVP) findet es positiv, dass die Elementarbildung Ländersache ist. Die Volksschulreife und ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache müssten vor Schuleintritt erreicht werden.

Petra Tanzler (SPÖ) befürwortet österreichweit geltende Rahmenbedingungen für Kindergärten. Es müssten Mindestkriterien auch in der Organisation gelten, z.B. was die Öffnungszeiten betrifft.

Hermann Brückl (FPÖ) betont die Bedeutung des Beherrschens der deutschen Sprache. Die Integration gelinge derzeit nicht.

Sibylle Hamann (Grüne) hält ein Rahmengesetz für nötig. Sie meint, dass Länder und Gemeinden mit der Organisation überfordert wären, alles gehöre in die Hand des Bundes.

Martina Künsberg Sarre (Neos) spricht sich für ein ein Qualitätsrahmengesetz aus, den Ländern werde dabei nichts weggenommen.

Zum Thema Stärkung der Grundbildung betont Künsberg Sarre, dass auch Demokratiebildung sehr wichtig sei. Es sollte eine mittlere Reife eingeführt werden. Derzeit müssten Lehrbetriebe im Bildungsbereich Aufgaben übernehmen, die die Schule nicht geschafft habe. Für Hamann ist Bildung die Aufgabe des Staates der den Schüler:innen das notwendige Wissen beibringen müsste und dazu sei bei Bedarf eine kontinuierliche Förderung notwendig. Brückl spricht sich für eine Bildungspflicht aus um die Grundkompetenzen zu erwerben. Auch Tanzler und Taschner sind dafür, wobei Taschner zu bedenken gibt, dass bereits jetzt zu viel gemessen werde. Der Bildungserwerb sei manchmal auch anstrengend und Druck könne nicht ganz verhindert werden. Tanzler verweist darauf, dass Kinder mit Freude lernen sollten. Brückl fordert Leistungsbereitschaft und Leistungswille ein, da werde man ohne einen gewissen Druck nicht auskommen. Künsberg Sarre warnt davor sich bei Kleinigkeiten zu verzetteln.

Den Bereich Bildung und Integration betreffend meint Taschner, Eltern müssten verpflichtet werden ihren Teil dazu beizutragen, dass Kinder Österreicher:innen werden. Für Tanzler sind Deutschkenntnisse wichtig, die Deutschförderklassen sieht sie aber als gescheitert an. Sie wünscht sich einen Ethikunterricht für alle. Auch für Brückl ist das Erlernen der deutschen Sprache wichtig, aber Deutschkenntnisse zu vermitteln sei nicht Aufgabe der Schule. Hamann meint, man lerne Sprache und Werte durch Beziehung. Deutschförderklassen könnten auch positiv sein. Für Künsberg Sarre ist Deutsch ebenfalls wichtig, aber die Kinder bräuchten Unterstützung beim Spracherwerb. Es gelte zu fördern und zu fordern, auch die Eltern müssten einen Beitrag leisten.

Die Bildungssprecher:innen sind gebeten worden im Vorfeld zu zwei Themen Stellung zu beziehen.

1. Welche Maßnahmen halten Sie in der nächsten Legislaturperiode am ehesten für umsetzbar?
2. Welche erste Maßnahme würden Sie als Bildungsminister:in setzen?

Taschner ad 1) Stärkung der berufsbildenden Schulen, sie sind ein großes positives Merkmal im österreichischen Schulwesen.

ad 2) Schulautonomie und Entlastung der Lehrkräfte von Bürokratie. Mehr Vertrauen statt zu viel Kontrolle.

Hamann und Tanzler sprechen sich für eine gemeinsame Schule der 10 bis 14 Jährigen aus, Berufsorientierung spiele in der AHS Unterstufe keine Rolle und eine gemeinsame Schule würde mehr Fachkräfte hervorbringen. Künsberg Sarre meint, dass alle, die in die AHS Unterstufe gehen für die Berufsschule verloren seien. Brückl wünscht mehr innere Verschränkung und Schulwechselföglichkeiten bei den 10 bis 14 Jährigen.

Tanzler ad 1) Ausbau der Ganztagschule, auch der offenen Form

ad 2) Multiprofessionale Teams, Inklusion und Chancenindex, Nachhilfe durch die Schule, Rechtsanspruch auf 11. und 12. Schuljahr für Schüler:innen mit SPF.

Brückl ad 1) Bildungspflicht statt Schulpflicht (mehr Schulautonomie)

ad 2) Deutschkenntnisse als Voraussetzung für Schuleintritt, Rückkehr zur Leistungsschule, Maßnahmen gegen Gewalt an Schulen

Hamann ad 1) Bundesweite Ganztagschuloffensive

ad 2) Österreich-Challenge: 500 Schulen mit niedrigem Chancenindex zu Top Schulen entwickeln, Für Gemeinsame Schule der 10 bis 14 Jährigen eintreten.

Künsberg Sarre ad 1) Chancenbonus für Schule (zusätzliche Mittel für Schulen mit sozialen Herausforderungen auf Basis eines Sozialindex)

ad 2) Autonomie statt Bürokratie, Abschaffung der Bildungsdirektionen und Umwandlung in Serviceagenturen.

Das Publikum kann zu den Vorschlägen abstimmen, die meisten finden breite Zustimmung.

Gudrun Feucht, Bereichsleiterin Bildung und Gesellschaft in der IV, nimmt von der Veranstaltung folgende wichtige Themen mit:

1. Großes Bewusstsein für Reformbedarf
2. Zentrale Bedeutung der Elementarpädagogik
3. Ausweitung der Schulautonomie
4. Erstellung eines Plans für Integration
5. Entlastungspaket für Pädagoginnen und Pädagogen